

Deutsche

Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Kekselindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Interimspreis pro dreizehnpoliger Festschrift 50 Fig., für die Zahlstellen 30 Fig.

Die Folgen der Zuckerbeschränkung in der Dresdner Zuckerwaren- und Schokoladenindustrie.

Ohne Zweifel sind die Folgen der Zuckerbeschränkung für die zuckerverarbeitende Industrie im gesamten Wirtschaftsgebiet Dresdens und Umgebung von größter Wichtigkeit.

Inwiefern die Verordnungen der Zuckerbeschränkung in den einzelnen Betrieben des Dresdner Bezirks Folgen gezeigt haben, soll im folgenden dargestellt werden.

Es waren beschäftigt:

Table with 3 columns: Name of the company, Employees in 1914, Employees in 1916. Lists various bakeries and confectioneries like 'Alla-Madebeul', 'Bergmann-Niederstedt', etc.

34 Betriebe beschäftigten früher 6968 jetzt 4959

Ende März also zusammen 1974 Personen, die in diesen 34 Betrieben weniger beschäftigt waren! (Von einigen kleinen Betrieben mit 116 Beschäftigten konnte das Resultat noch nicht zusammengefasst werden, da es noch nicht vollständig eingegangen war.)

9 Betriebe der reinen Waffeln-, Keks- und Backwarenindustrie (mit * bezeichnet) weisen Verbindlichkeiten Beschäftigungszahl von 874 auf, diese Zahl hat sich zurzeit verringert auf 671, und nur 3 sind in dieser Branche weniger beschäftigt.

60 Personen zurückgegangen ist, und zwar bei Görmann um 59 und bei Wiedner um eine Person. Die Waffelnindustrie steht zurzeit in der Hochsaison und nur dadurch ist es möglich, dass eine Anzahl der Fabrikanten eine größere Beschäftigungszahl aufweisen.

Inwiefern die Fabrikanten dem Antrage des Verbandes, anstatt Entlassungen Arbeitszeitbeschränkungen vorzunehmen, nachgekommen sind, wird im folgenden mitgeteilt. Aus den 34 Betrieben wird berichtet, dass bei 13 Firmen noch voll, o.h.a. Arbeitszeitbeschränkung gearbeitet wird.

Über den Inhalt dieses Schreibens muss man erstens sein! Nur deswegen, weil die Arbeiterinnen nicht organisiert sind, wird ihnen die Unterstützung verweigert?

Verteilt wird gearbeitet in folgenden Betrieben:

Table with 3 columns: Name of the company, Work status (täglich, Sonntag nicht, etc.), and a 'ja/nein' column. Lists companies like 'Buback-Pulsnig', 'Gerhardt', 'Hortwig & Vogel', etc.

Wie ersichtlich, zahlen diese 21 Firmen, bei denen verteuert gearbeitet wird, nicht alle den Lohn weiter und es ist charakteristisch, dass gerade die größten und am besten laufenden Betriebe es mit sind, die nichts zahlen aber sich noch nicht entschließen konnten, dem empfehlenden Beschlusse des Verbandes nachzukommen.

und auf den Zeitlohn zuzuführen, während den Mitarbeiterinnen, bis auf einige Fälle, wo der übliche Stundenlohn nicht verdient worden ist, in den seltensten Fällen etwas zugewährt wird.

Merkmale, der Leiter der Kriegsorganisation der Gruppe 3, Herr Stadtrat Köppen, scheint eine andere Auffassung über die Unterstützung der Opfer der Zuckerbeschränkung zu haben, denn es ging jetzt folgendes Schreiben von ihm ein:

Den Anträgen um Gewährung von Zuschuss zur Arbeitslosenunterstützung aus Mitteln der Gruppe 3 der Kriegsorganisation für die Arbeiterinnen

Ich kann nicht mitgegeben werden. Die genannten Personen sind, wie Sie hier mitgeteilt haben, nicht Mitglieder des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren und verwandter Berufsgruppen.

An den Zentralverband der Bäcker, Konditoren u. verwandter Berufsgruppen Deutschlands. Gruppe 3 der Kriegsorganisation Dresdner Vereine Stadtrat Köppen.

Über den Inhalt dieses Schreibens muss man erstens sein! Nur deswegen, weil die Arbeiterinnen nicht organisiert sind, wird ihnen die Unterstützung verweigert? Oder ist es anders? Wenn wir nicht höhere soziale Gesichtspunkte im Auge hätten, könnten wir darauf zufrieden sein, dass in dieser Weise von den Behörden für die Arbeiterorganisationen Propaganda getrieben und den Anorganisierten der Weg gezeigt wird, den sie zu gehen haben.

Inwiefern hat sich in unserer Industrie die Lage noch wieder verschlechtert, denn die sogenannten Überflüssigen sind nur herbei, und es sind schon wieder mehrere hundert Personen, ja nur Arbeiterinnen, entlassen worden.

Manche Betriebe wollen sich noch bis Pfingsten so hinhalten, dann werden ohne Zweifel noch mehrere Betriebe auf Wochen oder Monate stillgelegt werden. Und schon schreibt das Verbandsorgan des Fabrikantenverbandes in einer Notiz, daß es den Firmen auf die Dauer unmöglich würde, den eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen, daß heißt: die nichtgearbeitete Zeit kann auf die Dauer nicht weiter vergütet werden. Anstatt der Arbeitszeitbeschränkungen sollen in Zukunft mehr Entlassungen vorgenommen werden und man geht allmählich schon dazu über. Der Arbeiterschaft dieser Industriezweige steht also eine sehr traurige Zukunft bevor. Da ist es deshalb Pflicht der Stadtwirtschaft, der Behörden und der Regierung, hierzu Stellung zu nehmen und Mittel bereitzustellen zur Unterstützung dieser Industrie- und Arbeitererschaft, zur Sinderung der Folgen in dieser harten Zeit der ungeheuren Senkung.

In den Verhältnissen in der Magdeburger Schokoladen- und Zuckerindustrie.

Die Arbeitslage in den Schokoladenfabriken des Magdeburger Bezirks ist gegenwärtig eine recht schlimme, und dies ist für die Arbeiterschaft um so bedauerlicher, als nun auch wieder laufende, besonders Arbeiterinnen, die früher in der Fabrik beschäftigt waren, aus den Patronenfabriken entlassen wurden.

Bei Hauswaldt bleibt es bei einer Verlängerung des Lohns bis drei Monate nach dem Kriege, mindestens aber auf ein Jahr. Senkungszulagen werden wie bisher, für männliche Arbeiter in Höhe von 10 monatlich und für Arbeiterinnen 5, gezahlt. Unverheiratete männliche Arbeiter erhalten 1,75, jugendliche 1,4. Bei verkürzter Arbeitszeit wird ein Ausgleichslohn in der Form gezahlt, daß für die Berechtigten mindestens der Anfangslohn herauskommt.

Für Arbeiterinnen ist der Ausgleichslohn auf 1,9 pro Woche festgesetzt. Der Direktor hat auf weitere Zuschriften von uns nicht mehr geantwortet. Der Arbeiterausschuß hätte gerne für alle Beschäftigten den Ausgleichslohn bestimmt festgesetzt.

So erhalten die Arbeiterinnen, die bei unvorzüglicher Arbeit an Lohn 1,9 bekommen, diesen auch bei kürzerer Arbeitszeit, während die Arbeiterinnen, die sonst 1,2 bis 1,4 erhalten, bei derselben Arbeitszeit dann auch nur 1,9 bekommen.

Die Zahl der Arbeiterinnen ist nun bedeutend reduziert, es werden kaum noch 500 beschäftigt sein, gegen sonst 600 bis 600.

Wirtschaftliche Handlung.

Wegen der Handelsblockade und durch die Preissteigerung des Seewerks ist ein Ausbruch des Krieges vielfach der Bedrohung ausgesetzt und damit dem Geschäftswesen der weitaus meisten Länder. Die Erkenntnis von der gewaltigen Bedeutung der Schifffahrt für unser wirtschaftliches Leben wird in diesen Tagen nicht beunruhigt; denn der Handel der zeitweiligen Unterbindung des transatlantischen Verkehrs für die deutschen Schiffe hält das Bewußtsein an so lebhaft, daß die für Deutschland lebenswichtige Seefahrt für England die Ursache des Krieges gegen uns ist. Die Aufgaben, die eine bessere Zukunft aus der Schifffahrt stellen wird, treten die Schifffahrtsgesellschaften nicht unvorsichtig gegenüber, die trotz der Unterbindung unserer Handelsbeziehungen, die vor dem Kriege sich zu hervorragend bewährte, sind keine Erlösung erbracht. Neben im Kriege kollidiert sich ein weiterer Zusammenhang zwischen den fahrenden Seegewässern der Welt, die im Kriege ein Bergung der Welt nach dem Ausbruch der Weltwirtschaft unter Abnahme erheblicher Kapitalbewegung in die Verrentung von Schifffahrtsgesellschaften eintritt.

Werbt Mitglieder - füllt die Lücken, die der Krieg riß!

Die seit Wochen geführten Verhandlungen zwischen der Firma C. Woermann einerseits und der Hamburg-Amerika-Linie, dem Norddeutschen Lloyd und der Firma Hugo Stinnes in Wilhelm andererseits wegen Übernahme der Mehrheit des 20 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals der Woermann-Linie Akt.-Ges. sind zum Abschluß gekommen. Mit diesem Beschluß der Aktienmajorität der Woermann-Linie vollzieht sich auch eine Abtretung des Besitzes der Woermann-Gruppe an Aktien der Deutsch-Ostafrika-Linie, deren Direktor bisher der Vorsitzende der Woermann-Linie war. Seit 1913 schon gehörte der Generaldirektor Hallin von der Hamburg-Amerika-Linie sowohl dem Aufsichtsrat der Woermann-Linie als auch dem Aufsichtsrat der Deutsch-Ostafrika-Linie an, es bestanden ferner zwischen diesen beiden Gesellschaften und der Hamburg-Amerika-Linie weitreichende Abmachungen über den Betrieb einzelner Schifffahrtslinien. Mit dem Norddeutschen Lloyd unterhielt die Woermann-Linie gleichfalls bereits seit mehreren Jahren enge Beziehungen; die dem Lloyd angehörende Hamburg-Premer-Ostafrika-Linie hatte mit der Woermann-Linie einen Betriebsgemeinschaftsvertrag geschlossen. Für die Firma Hugo Stinnes ist die Beteiligung an Schifffahrtsunternehmungen an sich nicht neu, neben ihrer bedeutenden Stellung in der Rheinschifffahrt besitzt sie auch eine Schifffahrtsgesellschaft, die für ihre Industrieunternehmungen eine Reihe kleinerer Kohlen- und Erzdamper im skandinavischen Verkehr unterhält. Hugo Stinnes wird nun an Stelle Eduard Woermanns in die Verwaltung der Woermann- und der Deutsch-Ostafrika-Linie eintreten, und zwar in Übereinstimmung mit der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd. Das dürfte mehr bedeuten als die Beteiligung eines Großkapitalisten an Schifffahrtsunternehmungen; die Annahme liegt nahe, daß die Schifffahrtsgesellschaften in der Verbindung mit der Firma Hugo Stinnes die Möglichkeit eines planmäßigen Zusammenarbeitens zwischen Großschifffahrt und Großindustrie erblicken. Ohne Zweifel konnte eine Ausgestaltung dieser Beziehungen für das gesamte Wirtschaftsleben erhebliche Vorteile nach sich ziehen. Schon die Regelung der Verteilung des Schiffsräume unter Berücksichtigung der gesamten volkswirtschaftlichen Bedürfnisse, wie sie nach dem Kriege notwendig sein wird, läßt erkennen, wie zweckmäßig und wertvoll ein intimes Zusammenarbeiten von Industrie und Schifffahrt sein würde.

Die deutsche Schifffahrt ist ebenbürtig nur eine Angelegenheit der unmittelbaren Interessenten, wie die Landwirtschaft nur eine Sache der Produzenten ist; auch sie trägt gemeinnützigen Charakter und verdient eine besondere Förderung, deshalb erhielt sie auch Subventionen vom Reich. Es handelt sich in der Tat um Angelegenheiten des ganzen Volkes; denn mit der Entwicklung unserer Schifffahrt ist unter gewissem Wirtschaftslieben auf Wohl und Wehe verbunden, die Schifffahrt gehört zu den wichtigsten Grundlagen der Volkswirtschaft. Bei der Stellungnahme zu den mannigfachen Schifffahrtstagen, mit denen das deutsche Volk sich bei Friedensschluß zu befassen haben wird, muß deshalb über diese Zusammenhänge volle Klarheit bestehen. Trotz dieser Einsichtung der Bedeutung der Schifffahrt wird doch anzuzweifeln sein, ob eine Verstaatlichung der deutschen Handelsmarine erwünscht oder angebracht wäre. Von dem früheren antimilitarischen Abgeordneten Raab ist kürzlich der Vorschlag eines Seeschifffahrtsmonopols gemacht worden; er glaubt, daß das Monopol im Höchstfall einen einmaligen Aufwand von zwei Milliarden Mark bei der Errichtung erfordert und dem Reich hohe Gewinne einbringen werde. Ein Vergleich der Schifffahrt mit andern Zweigen des Verkehrswezens, vor allem mit Eisenbahnen, wird sich bei näherer Betrachtung schon deshalb als unzulässig erweisen, weil im Seeverkehr ein Reichsmonopol keineswegs die Konkurrenz auf großen Gebieten ausschließt, da die Schifffahrtsunter-

nehmungen anderer Länder den Wettbewerb natürlich fortsetzen. Hervorzuheben ist ferner unter anderem der nicht zu unterschätzende Umstand, daß der Schifffahrtsbetrieb in einem viel größeren Maße mit kommerzieller Tätigkeit verbunden ist als etwa der Eisenbahnverkehr. Bei aller Zuneigung zu Staatsmonopolen wird man daher der Zweckmäßigkeit eines Seeschifffahrtsmonopols skeptisch gegenübersehen müssen.

Einen Kriegsbericht gab kürzlich der Norddeutsche Lloyd, er erklärte nach Meldung der Frankfurter Zeitung, daß sein Betrieb seit Beginn des Krieges vollständig ruhe. Der weitaus größte Teil seiner Flotte befindet sich in deutschen oder neutralen Häfen. Im Reichsdienst verlor die Gesellschaft zwei große und drei Küstendamper, welche Schiffe größtenteils bereits vom Reich bezahlt wurden. Vom Feinde wurden fünf Schiffe weggenommen. In italienischen Häfen lagen fünf in portugiesischen vier Dampfer, die nach Friedensschluß an die Gesellschaft zurückgegeben oder bezahlt werden müssen. In australischen Häfen wurden fünf Dampfer festgehalten, die zum Teil von der australischen Regierung requiriert und entsprechend bezahlt werden. Die Nachschiffe bezüglich des in Antwerpen versenkten Dampfers „Gneisenau“ ist noch nicht geklärt. Die Verluste der Gesellschaft seien mithin nicht allzu schwer. Was speziell die Lonnageverluste betrifft, so werden sie durch Neubauten ausgeglichen, die schon vor Beginn des Krieges zu damaligen niedrigen Preisen kontrahiert wurden. Bei den guten Aussichten, die nach dem Kriege im Frachtgeschäft voraussichtlich bestehen werden, dürfe die Gesellschaft mit ziemlicher Zuversicht in die Zukunft sehen, wobei allerdings viel davon abhängen werde, in welchem Umfang ein Kriegsschadengesetz zu Stande kommt.

Während die meisten Großbanken für 1915 zu einer Erhöhung der Dividende schritten, blieben sie doch damit hinter der in Friedensjahren gezahlten zurück. Allein die Deutsche Bank, die als letzte der Großbanken ihren Abschluß veröffentlicht, schritt, nachdem sie für 1914 die Dividende um 2% pzt. auf 10 pzt. geführt hatte, wieder zu dem in den Jahren 1909 bis 1913 gezahlten Satz von 12% pzt. zurück. Mit der Dividendenerniedrigung von 1914 war eine Erhöhung des Vortrags um 8 Millionen auf 12 Millionen Mark verbunden, für 1915 erfolgt der Vortrag auf neue Rechnung wieder im Betrage von 12,1 Millionen Mark. Die Verschiebung der Dividendenbemessung bei den großen Finanzinstituten läßt keinen Schluß auf entsprechend abweichende Gewinnergebnisse zu, das Gesamtbild der Abschüsse bei den einzelnen Banken ist ziemlich gleichmäßig und dabei, wie schon wiederholt erwähnt, durchgehend außerordentlich günstig.

Zu den sorgfältigen Einwürfen, die je gegen die Fortführung einer wirksamen Sozialpolitik erhoben wurden, gehört die Behauptung, daß durch die Leistungen für die sozialpolitische Gesetzgebung die Kapitalbildung gehemmt werde. In die Zeit der stärksten und früher für unmöglich gehaltenen Kapitalanhäufung innerhalb Deutschlands fiel der Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung. Aber nicht nur dies, die sozialpolitischen Versicherungseinrichtungen waren Sammelbehälter für Kapitalien, deren Anlage dem Reich gerade jetzt besonders zuzutun kommt. Nach einer an diesen Tagen veröffentlichten Zusammenstellung zeichnen die Berufsgenossenschaften, die Träger der reichsgesetzlichen Unfallversicherung, für die vierte Kriegsanzleihe rund 51 Millionen Mark, wovon rund 48 Millionen auf die gewerblichen und 3 Millionen auf die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften entfallen. An den drei vorangegangenen Anleihen hatten sich die gewerblichen Berufsgenossenschaften mit rund 128 Millionen, die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften mit 15 Millionen Mark beteiligt. Danach belaufen sich ihre gesamten Kriegsanzleihezeichnungen auf rund 194 Millionen Mark. Stärker noch haben die Versicherungsanstalten, die Träger der reichsgesetzlichen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, zu den Kriegsanzleihen beigetragen. Nachdem sie zu den ersten drei Anleihen insgesamt 349 Millionen Mark gezeichnet hatten, haben sie sich an der vierten mit 155 Millionen Mark beteiligt, so daß sich ihre gesamten Zeichnungen auf 594 Millionen Mark belaufen.

Berlin, den 12. April 1916. Julius Kallisi.

Volkswirtschaft im mittelalterlichen Flandern.

Flandern ist bekanntlich der an der See gelegene, wertvolle und nicht zum ersten Male in der Geschichte heilig angesehene Teil des heutigen Belgien. Es ist das katalische Land des sogenannten Frühkapitalismus, jener Frühkapitalismus, die schon im Mittelalter durch Anbahnung großer Vermögen einwirkte und Protektionierung breiter Volksschichten unterteilt die wesentlichen Züge der Kapitalgesellschaft zur Ausprägung gebracht hatte.

Die geringe Bevölkerung Flanderns war das Land des Handels und Exportindustrie. Die alte Stadt, schon zur Karolingerzeit (800 bis 900) berühmte Handels- und Bevölkerung in der Provinz, verbunden mit der Bedeutung des Landes an wichtigen Handelswegen (Gruy und Meer), bildete die Grundlage einer im Mittelalter auswachsenden Gewerbetätigkeit, die allerdings den Grundstein der Fabrikation, die Rolle, aus England bezogen wurde.

Zwei städtische Gewerbetätigkeiten, Brügge, Gent und Ipern die goldenen Zeiten, wussten sich zu monopolistischen Märkten, wussten sich zu wirtschaftlichen Lebens heraus. Eine Anleihe war die Bedeutung von Brügge und Gent nach der Eroberung des Landes an wichtigen Handelswegen (Gruy und Meer), bildete die Grundlage einer im Mittelalter auswachsenden Gewerbetätigkeit, die allerdings den Grundstein der Fabrikation, die Rolle, aus England bezogen wurde.

Der Absatzmarkt der flandrischen Tuche bildeten für Frankreich und Italien die berühmten Messen der Champagne, in England bezogte eine Handlungsgesellschaft flandrischer Kaufleute, die flandrische Hanse in London, mit dem Absatz der Tuche nach der Festland, bis der Volkswirtschaft im vierzehnten Jahrhundert noch Brügge verlegt wurde. Nach Norden und Osten

hin bediente man sich der deutschen Hanseaten, Osterlinge genannt, als Handelsvermittler. Die letzteren errichteten bereits 1290 am Hauptmarkt und Weltbürgerplatz Brügge ein eigenes Niederlagsviertel, das sogenannte Hanseische Kontor.

In ihrer Hochblütezeit wie in ihrem Absatzmarkt gänzlich vom Auslande abhängig, konnte die flandrische Industrie nur bei Frieden und Freihandel gedeihen. Wurden diese Bedingungen gestört, zum Beispiel durch ein englisches Wollausfuhrverbot, so waren schwere Krisen die unvermeidliche Folge.

Auf Grundlage dieser Wirtschaftszustände hatten sich gegen Ende des dreizehnten Jahrhunderts in der städtischen Gesellschaft Flanderns vier Klassen herausgebildet: 1. die Dienstleute und aristokratischen Beamten des flandrischen Lehnsystems, verbunden mit dem Landadel; 2. das städtische Patriziat, bestehend aus dem alten Stadadel (den Geschlechtern) und der durch Reichtum und wirtschaftlichen Einfluß zur Nationalität gelangten Flandern und Fabrikanten. Die letzteren, als das aktivere Element, bildeten bald den Kern der Großbürgerschaft (voortier); dadurch, daß sie den Lehnsgrafen in finanzieller Abhängigkeit brachten, gelang es ihnen, Sonderrechte für ihre Gilden und Hanzen zu erlangen, die diesen ein Kontrollrecht über die anderen städtischen Organisationen verliehen. Zur Gildehaus war das Rathaus, ihre Vertreter waren gleichzeitig Ratsherr, Bürgermeister, Gewerbeaufsichtsbearbeiter. Politische und wirtschaftliche Macht hier zusammen. 3. Die städtisch organisierten Handwerker als dritte Klasse begannen seit 1290 etwa gegen die Alleinherrschaft des Patriziats anzukämpfen. Aber ihre Forderungen waren überwiegend politischer Natur: Teilnahme am Stadtrat, öffentliche Rechnungslegung usw. 4. Die vierte Klasse endlich bildeten die Tucharbeiter, vor allem die Weber. Sie arbeiteten fast ausschließlich für den Export. Gleichfalls in Hanzen und Bruderschaften organisiert, bildeten sie doch wegen ihrer Massenhaftigkeit, ihrer besonders den Wohlstand ausgleichenden Lebenslage und wegen ihrer örtlichen Vereinigung in abgetrennten Wohnvierteln einen besonderen sozialen Faktor mit einem wirtschaftlichen und sozialen Programm.

Ueber die unter 1. genannte Feudalklasse bleibt noch zu sagen, daß sie sich nicht nur sozial, sondern auch sprachlich-national von der Volksmasse (sieh. da sie sich vorwiegend aus Landfremden (Franzosen) zusammensetzte. Infolge der verhängnisvollen familiären Erbverträge von Verbun (843) und Meerssen (888), die auf die Nationalitätsverhältnisse der Bevölkerung keine Rücksicht nahmen, war Flandern mit seiner „dieschen“, das heißt niederländischen Bevölkerung französisches Lehngebiet geworden, während die wallonisch-romanischen Teile des heutigen Belgiens im Mittelalter ein nomineller Lebensbestandteil des alten Deutschen Reiches waren.

Der soziale Gegensatz der Volksmasse zu der mit dem Patriziat eng verflochtenen Feudalität, verstärkt durch den nationalen Zwiespalt, bildeten den Inhalt des großen flandrischen Freiheitskampfes von 1302, einer Bewegung, die sowohl die Weberzünfte wie die übrigen Handwerkerorganisationen (leene ambachten) und auch die Bauern umfaßte und etwa den Kämpfen der Schweizer gegen Habsburg beziehungsweise Burgund vergleichbar ist.

Im Jahre 1295 beruhte der französische Oberlehnsherr Philipp der Schöne städtische Wirren in Flandern, um in dessen inneren Verhältnisse einzugreifen und das Land einzunehmen, also seinem Reich als Provinz einzuverleiben. Seine Anhängererschaft bestand aus der Adelspartei und der Mehrheit der städtischen Vornehmen, insbesondere den „Neun- unddreißig von Gent“, einer Clique von 39 ratsfähigen Familien, die sich durch Unterstützung der französischen Herrschaft im Alleinvertreter des Stadtreiments zu halten hoffte.

Die dem Lande aufgezwungene Beamtenerschaft trug das Lilienswappen der französischen Königsfamilie auf der Amtskleidung, und nach diesem Zeichen wurden die Angehörigen der Feudalpartei die „Lilienten“ genannt. Unter den Anordnungen, die bei der Bevölkerung besonderen Unwillen hervorriefen, befanden sich solche über Gewerbeaufsicht zugunsten der Unternehmer, Einführung der französischen

Verbandsnachrichten.

Schneidung des Verbandsbuches.

Drittung.

Vom 17. bis zum 22. April gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beiträge ein:

Für März: Vörrach M. 18,97, Hanau 5,40, Cöln 202,89, Meuselwitz 54,80, Bad Reichenhall 14,70, Kiel 209,65, Zeitz 121,55, Bielefeld 174,78, Traunstein 25,20, Mülhausen i. Elsaß 44,40, Reimscheid 33,35, Jhehoe 22,90, Rüstingen 58,20, Duisburg 78,20, Biersen 10,82, Dessau 12,80, Zwickau 30,20, Oldenburg 33,20, Königsberg 52,05, Greifeld 26,10, Nürnberg 824,24, Plauen i. B. 38,85, Herford 221,22, Sonneberg 34,98, Straubing 25,37.

Für Abonnements und Annoncen: Berlin M. 11,70, Meuselwitz 3,90, Koriolangellschaft Berlin 64,50, Oldenburg 3,60, Herford 3,60.

Mit der Hauptkasse restieren für März: Amberg, Danzig, Rostock und Weismasser.

Geld ohne Abrechnung gesandt: Halberstadt.

Der Hauptkassierer: O. Freitag.

Von Kollegen aus dem Felde für Unterstützungszwecke.

Für die Hauptkasse: Konditor München M. 5. Früher quittiert M. 8846,02, heute quittiert M. 5, zusammen M. 8851,02.

Kriegsverluste des Verbandes.

Bezirk Frankfurt a. M. Gustav Wölfer (Cassel), Bäckermeister, 35 Jahre alt, gestorben am 28. April. **Ehre seinem Andanken!**

Lohnbewegungen und Streiks.

Bäcker.

Feuerungszulagen in Genossenschaftsbäckereien.

Der Konsumverein **Wolde** gewährte den Arbeitern wöchentlich M. 1,50 als Feuerungszulage.

Der **Allgemeine Konsumverein Augsburg und Umgebung** gewährte allen über ein Jahr im Betriebe beschäftigten Kollegen 30 pZt. des Monatsverdienstes als einmalige Feuerungszulage; wer kürzere Zeit als ein Jahr dort beschäftigt ist, erhielt 10 pZt. des Monatsverdienstes.

Der **Allgemeine Konsumverein in Düsseldorf** hat beschlossen, die Lohnsteigerung, die laut Tarif für den 1. August 1915 vorgesehen ist, schon am 1. April in Kraft treten zu lassen. Es kommt für die Arbeiter pro Woche der Betrag von M. 1,30, für die Arbeiterinnen 55 % in Betracht. Weiteres zu bewilligen, wäre der Verwaltung, wie sie ihrer Arbeiterschaft schreibt, nicht möglich, da die Genossenschaft augenblicklich unter ungünstigen Verhältnissen arbeite. Den Kriegsteilnehmern ist eine einmalige Unterstützung von M. 15 bewilligt worden.

Der **Konsumverein Grajewitz** gewährte seinen Bäckern sowie den übrigen Angestellten eine einmalige Feuerungszulage von 20 pZt. des monatlichen Verdienstes.

Der **Konsumverein Neudingen** hat den feststehenden Bäckern eine Feuerungszulage von M. 1,20 pro Woche zugesprochen.

Die **Zwickauer Waren-Vermittlungsgesellschaft** (Schadowitzer Konsumverein) hat dem Personal Feuerungszulagen gewährt, und zwar wurden den Männern einmalig M. 20, den weiblichen Angestellten und den Kriegervätern einmalig M. 10 und für jedes Kind unter 15 Jahren einmalig M. 2 zugesprochen.

Sprache vor Gericht und Verwaltung sowie über den Zwangslauf der französischen, sehr minderwertigen Münzen. Soziale, nationale und wirtschaftliche Volksinteressen wurden also gleichermaßen verletzt. Dazu kamen moralische Kränkungen, Vergewaltigungen von Frauen und Töchtern des Volkes durch die „bailiffs“ (Amtsleute) und ihre „sergents“ waren nicht selten und blieben ungesühnt. Schließlich lief Flandern auch Gefahr, seine Neutralität und den englischen Markt zu verlieren, da Philipp im Begriffe stand, den Krieg mit England zu erneuern.

In Brügge brach der Aufstand zuerst los. Ein Weber, **Pieter De Koninck**, stand an der Spitze der Bewegung. In der Nacht zum 13. Mai 1302 wurden die Wälle der Stadt von den Aufständischen erklungen, die Besatzungsmannschaften überrascht und mit der ganzen französischen Partei, angeblich 4000, niedergemacht. „Schüdt ende vrient“, Worte, die die Franzosen nicht aussprechen konnten, ohne sich zu verraten, sollen das Lösungswort gewesen sein, an dem die „Klauwaerls“, die Anhänger der Volkspartei, sich im Dunkel der Nacht erkannten.

Das Ereignis von Brügge, die „Brügger Misset“, ließ auch an andern Orten die schwelende Empörung in offene Flamme ausbrechen. Fast überall wurde die königliche Beamenschaft verjagt, die Rathhauspartei der Vornehmen abgesetzt und die Kommune (Meenut) ausgerufen.

Aber es bedurfte noch einer großen Kraftprobe, um das Erreichte wenigstens zeitweilig sicherzustellen. Sie wurde am 10. Juli 1302 bei Kortrijk geliefert. Das französische Ritterheer, das zur Niederwerfung des Aufstandes herangezogen war, wurde hier durch das flämische Volkshaupt durchgehoben, unter Führung des Brügger Schlächtermeisters **van Breudel** geschlagen und vernichtet. Die glänzenden Ritterschwadronen sollen nach einer populären Überlieferung nach verbedeten Gräben gelockt und hier zum Sturz gebracht worden sein. Durch die 3000 vergoldeten Sporen, die die Sieger als Beute heimbrachten, erhielt das Ereignis den Namen der „**Glödensporenschlacht**“.

Fabrikbranche.

Feuerungszulage bei Stratmann & Meier, Bielefeld. Wir berichteten bereits in letzter Nummer, daß der Betrieb endlich eine einmalige Feuerungszulage gewährte. Es wird uns noch dazu geschrieben:

Infolge der ständig steigenden Preise für Lebensmittel und Kleidung hatte sich die Ortsleitung im Auftrage der Mitglieder verpflichtet gefühlt, schon im vorigen Jahr an die Firma Stratmann & Meier das Ersuchen zu richten, eine der Feuerung entsprechende Zulage zu gewähren. Vergänglich war jedoch alles; die Firma hüllte sich in Schweigen. Auf unsere Eingabe folgte nicht einmal die zumindest erwartete Antwort. Ein Standpunkt der Firma, der uns zu Bedenken Veranlassung gab.

In der letzten Zeit gewährte die Firma nun jenem Teil der Beschäftigten eine einmalige Zulage, die sich im gewöhnlichen Leben schon nicht mehr zu den arbeitenden Klassen zählen. Gestützt auf diesen Vorfall, glaubten die Arbeiter, daß man nun endlich die Notwendigkeit einer Zulage auch für sie eingesehen habe und man sich der Hoffnung hin, am nächsten Lohnstag ebenfalls eine Zulage zu erhalten. Aber weit gefehlt, die Arbeiterschaft mußte leer ausgehen. Das gab erneut Veranlassung, an die Firma eine Eingabe der Organisation zu richten und vor allem darauf hinzuweisen, daß, wenn man auf der einen Seite die Notwendigkeit einer Zulage anerkennt, man dann auch jenen eine Aufbesserung zuteil werden lassen müsse, die nicht zu den Bestgestellten zählen. Wir hatten natürlich auch um Antwort gebeten. Einige Tage später bekam die Arbeiterschaft außer der Zeit eine einmalige Zulage in Höhe eines Wochenlohnes, eine Antwort wurde uns aber nicht zuteil.

Ohne Zweifel steht danach fest, daß, wenn die Ortsleitung nicht eingegriffen hätte, die Arbeiterschaft das Nachsehen gehabt haben würde. Zwar ist es kein allzu rosiges Erfolgs, und die Firma hätte bei gutem Willen ganz gut eine laufende Zulage bezahlen können, aber es hat seine letzte Ursache darin, daß die Betriebsleitung weiß, daß heute noch ein Teil der Arbeiterschaft der Organisation fernsteht. So war auch eine Versammlung, die vor einigen Tagen stattfand, nur mäßig besucht. Und gerade dieses ist es, was die Firma in ihrem Verhalten uns gegenüber so gefehlt hat. Wäre die Arbeiterschaft geschlossen und hätten alle die Notwendigkeit der Organisation schon eingesehen, dann hätten schon größere Erfolge erreicht werden können. Dann wäre es leichter möglich, auch so manche Ausdrucksformen entschiedener zurückzuweisen, und besonders in bezug auf die ganze Arbeitsweise und Entlohnung wäre manches zu erzielen. Vermehrte Arbeitsleistungen im Kriege bedingen an und für sich eine bessere Entlohnung.

In dem Nichtantworten der Firma auf unsere Eingabe ist die ganze Richtung der Firma deutlich gezeichnet. Sie betrachtet die Gewerkschaften noch genau so, wie es vor dem Kriege der Fall war. Bemerken wollen wir hierbei besonders, daß, als im vorigen Jahr ein Mangel an Mehl eintrat, die Betriebsleitung sich freilich nicht genierte und sich mit noch andern Leuten als unsern Vertretern zusammensand, um gemeinsam zu versuchen, daß ihr wieder Mehl zugeführt würde. Da kam allerdings vor allem aber ihr eigenes Interesse in Frage! Die Arbeiterschaft möge heraus lernen, daß, wenn man etwas Durchgreifendes erreichen will, dies nur dann möglich ist, wenn alles geschlossen und einig zusammensteht. Darum schließt euch der Organisation an!

Korrespondenzen.

Bäcker.

Rosenheim. Am 12. März fand im „Frühlinggarten“ eine für die jetzige Zeit gut besuchte Versammlung statt. Kollege Allmann referierte über „Der Kampf um die dauernde Erringung der Tagelohnarbeit und die vollständige Sonntagsruhe“. Anschließend wurden verschiedene lokale Angelegenheiten besprochen, ebenso wurde die Verbandsleitung beauftragt, um Gewährung von Feuerungszulagen mit der freien Bäckereimung Rosenheims in Verbindung zu treten. Drei junge Kollegen traten dem Verbands als Mitglieder bei.

Internationales.

Skandinavische Bäcker- und Konditorenkonferenz.

Am 3. und 4. März fand in Kristiania eine skandinavische Bäcker- und Konditorenkonferenz statt. Die Teilnehmer waren: Aus Dänemark Z. Frijs, L. Andersen und J. P. Nielsen, aus Schweden A. Sjöstedt und D. G. Lagergren und aus Norwegen J. Nygaard und A. Schon. Zum Vorsitzenden wurde gewählt: D. G. Lagergren, zum Sekretär und Dolmetscher J. P. Nielsen.

Die eigentliche Ursache zur Abhaltung dieser Konferenz bildeten in erster Reihe die großen und umfassenden Tarifrevisionen in dem dänischen und norwegischen Verband und Verhandlungen über die zu treffenden Maßregeln, falls sich ein Kampf mit den Arbeitgeber als unvermeidlich erweisen sollte.

Man war aber auch der Ansicht gewesen, daß es von großer Bedeutung sei, wenn auch der Sekretär der gewerkschaftlichen Internationale diesen Verhandlungen beiwohne, da er über die Stellung der Internationale während des Krieges und ihre Zukunftsaussichten nach Schluß des Krieges bei dieser Gelegenheit Auskunft erteilen könne. Genosse O. Allmann war der Einladung gefolgt.

„Es war“, äußerte Allmann unter anderm, „ein Trost, daß die Arbeiter trotz der Kriegsproncl um ihre Organisation fest standen. Die internationale Bäcker- und Konditorenunion vertrat 16 nationale Verbände mit insgesamt 89 000 Mitgliedern. In diesem Verband stehen die Arbeiter der gegenseitig feindlichen und neutralen Länder beisammen. Die Arbeiter führen keinen Krieg gegeneinander. Die gewerbliche Internationale der Bäckerei- und Konditoreiarbeiter hatte bei Ausbruch des Krieges Verbände in folgenden Ländern: Nordamerika, Bosnien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Kroatien, Norwegen, Oesterreich,

Schweden, Schweiz, Serbien, Ungarn, Italien, Finnland und Belgien. Dieser internationale Verband ist trotz des Krieges nicht aufgelöst, wenn auch seine Arbeit in der gegenwärtigen Zeit nur durch schriftlichen Verkehr zum Ausdruck kommt. Wir waren nicht, wie in einigen andern internationalen Verbänden, uneinig über den Sitz des Sekretariats. Dies beruht darauf, daß der Schwerpunkt der Bäcker-Internationale in Deutschland, Oesterreich und Skandinavien liegt. Sobald der Krieg schließt, wird es die erste Aufgabe der Internationale werden, diejenigen Verbände wieder zu errichten, die während des Krieges zertrümmert wurden.“

In Aussicht wurde genommen, den nächsten internationalen Bäckerkongress in Wien abzuhalten.

Als dann erstattete Z. Frijs einen Bericht über die Lage der künftigen Lohnbewegung in Dänemark. Die ablaufenden Tarife berühren hauptsächlich die Mitglieder des Verbandes in Kopenhagen, zirka 1000 in allem. In bezug auf die Nachtarbeit, so war diese jetzt auf das Programm der sozialdemokratischen Partei gesetzt, ein Posten, der die Vertreter der Partei verpflichtet, für eine erhebliche Beschränkung der Nachtarbeit in den Bäckereien zu arbeiten. Der dänische Verband zählte jetzt zirka 3000 Mitglieder und stand in ökonomischer Beziehung so gut wie nie zu r.

Johan Nygaard berichtete über die Lage in Norwegen und über die bevorstehende Tarifbewegung.

Nachdem Sjöstedt eine Übersicht über die Lage in Schweden gegeben hatte, ging man zur Debatte der Taktikfrage über. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird jedoch vorläufig nicht veröffentlicht.

Anlässlich gegebener Auskünfte, betreffend die Stellung der kooperativen Bäckereien ihren Arbeitern und den Organisationen der Bäckereiarbeiter gegenüber, nahm man eine Resolution an, die besonders darauf ausgeht, daß diese Betriebe, um ein effektives Mittel im Klassenkampf zu sein, sich neben der Aufgabe, den Konsumenten gutes und billiges Brot zu verschaffen, auch bemühen sollten, ihren Arbeitern die bestmöglichen Arbeitsbedingungen zu gewähren. Die in der Resolution genannten Punkte, betreffend die Arbeitsverhältnisse, zielten auf folgendes ab: 1. Daß die Arbeitszeit in den kooperativen Bäckereien unter keinen Umständen 8 Stunden täglich übersteigen darf; 2. daß sämtliche Arbeiter (auch der technische Leiter) gewerkschaftlich organisiert sein sollen; 3. daß der Betriebsvorsteher stets ein Fachmann sein soll, der im Einvernehmen mit den Verbänden der Bäcker und Konditoren anzustellen ist; 4. die Verbände behalten sich auch das Streikrecht für die Arbeiter in den kooperativen Bäckereien vor.

Danach diskutierte man die Taktik, betreffend die Aufhebung der Nachtarbeit. Genosse Allmann teilte hierbei mit, daß das von der Reichsregierung erlassene provisorische Gesetz, betreffend Verbot der Nachtarbeit, sicher auch nach Beendigung des Krieges seine Gültigkeit behalten wird.

Nachdem einige innere Angelegenheiten erledigt waren, schloß die Konferenz ihre Verhandlungen am 4. März. Allmann, Frijs und Sjöstedt dankten zum Schluß für die Zusammenarbeit dieser Tage und äußerten ihre Freude über den guten Fortschritt des norwegischen Bruderverbandes. Sie nahmen die besten Eindrücke der Solidität des Verbandes in jeder Beziehung mit nach Hause. Nygaard dankte Allmann noch für die unermüdete Arbeit, die er trotz der schwierigen Kriegslage geleistet habe, um die Internationale aufrechtzuerhalten, und der Vorsitzende Lagergren sprach die Gewißheit aus, daß die Zusammenkunft der skandinavischen Vertreter der Bäckereiarbeiter fruchtbringend sein würde. Wenn auch die Meinungen über große Fragen auseinandergingen, so glaube er doch sicher, daß wir alle für dasselbe Ziel kämpfen.

Gewerkschaftliche Baudschau.

Der Fleischerverband im Jahre 1915. Der Verband zählte am Jahresbeginn 1915 in 66 Jahrestellen einschließlich der Einzelhändler 3519 Mitglieder, darunter 409 weibliche. Am Schluß des Jahres 1915 bestanden noch 51 Jahrestellen mit 2610 Mitgliedern, einschließlich 905 weiblichen. Im Berichtsjahre wurden 3828 Neuaufnahmen gemacht, wovon ein erheblicher Teil durch Einziehung zum Wehrdienst und durch Berufswechsel wieder verlor. Seit Kriegsbeginn sind bis 31. Dezember vorigen Jahres 6847 Mitglieder eingezogen worden, das sind 277 mehr, als der Verband vor dem Kriege männliche Mitglieder hatte.

Der Beitragsmarkenumsatz ist gegenüber 1914 nur um ein Drittel zurückgegangen. Die Werbearbeit, die mit großem Eifer gepflegt wurde, brachte gute Erfolge. Das zeigen auch die Kassenverhältnisse. Die Gesamteinnahmen reichten einschließlich M. 47 310 Bestand vom Jahre 1914 die Summe von M. 172 726 auf; die Gesamtausgaben betragen M. 107 332, darunter M. 39 364 für Unterstützungen. An die Kriegervfamilien wurden seit Kriegsbeginn M. 37 868 gezahlt, davon im Jahre 1915 allein M. 38 878. Zum Kriegshilfsfonds, der meist aus Extrabeiträgen der Mitglieder gehalten wird, hat die Hauptkasse insgesamt M. 7500 Zuschuß geleistet. Das Vermögen des Verbandes beträgt M. 67 623; demnach ist der Kassenbestand um M. 20 313 gestiegen.

Die mit Zustimmung des Verbandes durchgeführten Bewegungen hatten folgendes Resultat: Ohne Arbeits-einstellung fanden statt: Angriffsbewegungen in 31 Fällen in 15 Orten und 34 Großbetrieben mit 4848 Beschäftigten, darunter 2179 weibliche. Angriffstreiks fanden 2 statt in 2 Orten und 2 Betrieben mit 111 männlichen Beschäftigten. Ein Abwehrstreik mußte in einem Betriebe mit 54 Beschäftigten geführt werden. Insgesamt wurden 34 Bewegungen in 18 Orten und 37 Betrieben mit 2874 männlichen und 2179 weiblichen = 5053 Beschäftigten geführt. Alle Bewegungen verliefen erfolgreich. Es wurden erreicht an Arbeitszeitverkürzung für 3280 Personen 18 176 Stunden pro Woche, an Lohnerböhrungen für 4668 Personen M. 14 705 wöchentlich, an sonstigen Verbesserungen (höhere Bezahlung der Nebenstunden, bessere Bezahlung oder Befreiung der Sonntags- und Nachtarbeit und dergleichen) für 2874 Personen. Die Arbeitszeitverkürzungen jämanfen

